

Inzerate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Gst. Ad. Schlegel, Hoflieferant,
G. Gerberstr. u. Breitestr. Ecke,
Otto Nischky, in Firma
A. Neumann, Wilhelmplatz 8
Verantwortlicher Redakteur:
G. Wagner
in Posen.

Mittag-Ausgabe.

Posener Zeitung

Hundertunderster Jahrgang.

Inzerate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
J. Mosse, Haasenstein & Vogler & Co.
G. J. Danne & Co., Invalidendank.
Verantwortlich für den
Inseratenthell:
W. Braun
in Posen.
Fernsprecher: Nr. 108.

Nr. 857

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal,
an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,
an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-
jährlich 4.50 M. für die Stadt Posen, für ganz
Deutschland 5.45 M. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reichs an.

Freitag, 7. Dezember.

Inzerate, die schlagspaltige Zeitzeile oder deren Raum
in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite
30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bevorzugter
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1894

Deutscher Reichstag.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

2. Sitzung vom 6. Dezember, 1 Uhr.

Präsident v. Levetzow eröffnet die Sitzung mit den Worten:
„Quod felix faustumque sit. Ich eröffne die erste Sitzung in diesem
Hause. Meine Herren! Ein großartiger Bau, der seines Gleichen
nicht, weite Hallen anstatt unserer gewohnten einfachen Gemächer,
die wir ihrer Wohnlichkeit, ihrer praktischen Einrichtung und ihrer
Bequemlichkeit wegen noch oft vermissen werden, (sehr wahr!)
nehmen von heute an den Reichstag auf. Schon der Anblick so
vieler Herrlichkeiten, wie sie deutsche Kunst, deutsches Gewerbe,
deutsches Handwerk hier vereinigt haben, muß ein deutsches Herz
erheben und erfreuen (Beifall), muß uns dankbar stimmen für
den genialen Baumeister (lebhafter Beifall),
der dieses Werk errichten und aufgerichtet
hat. Ihm und seinen Gehilfen sei unser Dank dargebracht!
(Lebhafter Beifall). Der Reichstag ist dem Vaterlande, ist uns zu
Nutz und Frommen errichtet, auf daß hier ein dauerhafter Webe-
stuhl steht, bestimmt, wesentlich mitzuwirken an den ferneren
Geschicken des Reiches. Aber nicht nur für die Gegenwart und
für die Zukunft soll und will dieses Haus dienen. Es erinnert
auch an die große Zeit, an diejenigen, die für die Aufrichtung des
Reiches gekämpft und geblutet haben, mit dem Schwerte und mit
dem Geiste, mit ihrer Faust, ihrer Einsicht, ihrer Festigkeit, ihrem
hohen Muth. Sie haben die Grundlage und die Mittel in
ihren Tagen gewonnen. Nicht bloß nach seiner eigentlichen
Bestimmung, nach seiner monumentalen Gestaltung, sondern auch
weil es ein Denkmal jener Zeiten, eine nationale Sieges-
säule ist, hat dieses Haus einen hohen vaterländischen Werth.
Ihn zu erhalten, zu pflegen und zu erhöhen ist Aufgabe des
Reichstages geworden. Diese Aufgabe kann und wird nur gelöst
werden, wenn wir und unsere Nachkommen uns und alles was
wir hier beraten und beschließen ganz und gar in den Diensten
des Vaterlandes stellen, wenn wir nur dienen wollen dem
Kaiser, dem Reich und dem Volke. Ihr Wohl ist
Zweck und Ziel dieses Hauses, ist suprema lex des Reichstages.
Dem Kaiser als dem Haupt, dem Reich und dem Volke, auf daß
sie alle Zeit einig und vereint stark und gesegnet bleiben, gilt
der Ruf, unter dem wir von dem neuen Heim Besitz nehmen:
Se. Majestät der Kaiser lebe hoch!“

Während die übrigen Abgeordneten sich erheben und dreimal
in den Ruf einstimmen, bleiben die anwesenden sozial-
demokratischen Abgeordneten sitzen. (Großer Lärm
und Proteste rechts und bei den Nationalliberalen. Ruf bei
den Sozialdemokraten: Ichämt Euch! Ruf rechts: unerhört! Ruf bei
den Sozialdemokraten: Frech! Die Unruhe im Hause dauert
minutenlang.)

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Wahl des
Präsidenten und des Schriftführers. Auf Antrag des Abg.
Grafen Gompech (Ctr.) wird zum ersten Präsidenten
Abg. v. Levetzow durch Applausation gewählt.

Präsident v. Levetzow: Ich konstatire, daß Sie mich zum
Präsidenten gewählt haben. (Beifall.) Ich meine, Sie hätten viel-
leicht gut gethan, wenn Sie dem neuen Hause auch einen neuen,
schicklicheren Präsidenten geben würden. (Getreter Ruf: Auf:
Rein!) Vielleicht wäre es auch für mich besser gewesen. Ich hätte
mich mit der Ehre, überhaupt so lange Präsident gewesen zu sein,
begnügt und einer frischeren Kraft Platz gemacht. Jeder Mann
hat seine Zeit, und gesättigt ist es, wenn der Mann den rechten
Augenblick des Wechsels verläßt, aber der neue Beweis Ihres
alten Vertrauens lockt mich doch, die sachlichen Erwägungen weichen
zu lassen. Deshalb nehme ich die Wahl zum ersten Präsidenten
des Reichstages dankbar an. (Beifall.) Wie schon so oft, bitte ich
auch heute Sie um dreierlei: um Nachsicht, Wohlwollen und Unter-
stützung. Weiterhin verspreche ich Ihnen auch dreierlei: guten
Willen, Unparteilichkeit und Sorge zu tragen für die Würde und
Aufgaben dieses Hauses. Wenn Sie meine Bitte erfüllen und
wenn ich mein Versprechen halte, und wenn durch dieses Haus
immer der Geist reiner Vaterlandsliebe weht, dann hoffe ich, mit
Ihres Hilfe die Pflicht meines Amtes erfüllen zu können.

Auf Antrag des Abg. Frhrn. v. Manteuffel werden zum
ersten Vizepräsidenten Abg. Frhr. v. Buol (Centr.)
und zum zweiten Vizepräsidenten Abg. Dr. Büchlin
(natl.) durch Applausation gewählt.

Abg. Frhr. v. Buol: Ich nehme die Wahl mit Dank an
und schreibe mich der Bitte, die der Präsident an das Haus ge-
richtet hat, voll und ganz an. (Beifall.)

Abg. Dr. Büchlin: Ich nehme die Wahl dankend an, ich
werde mich bemühen, mein Amt zu verwaltend nach besten Kräften
und ohne Ansehen der Person. Auch ich bitte Sie um Ihre Nach-
sicht und Unterstützung. (Beifall.)

Es folgt die Wahl der Schriftführer.

Abg. Singer (Soz.): Ich ersuche den Herrn Präsidenten, die
Vorschläge, die in Bezug auf die Schriftführerwahl gemacht sind,
uns vorzulegen. Außerdem schlage ich dem Hause für die Wahl
zum Schriftführer den Abg. Fischer vor. (Unruhe.)

Präsident v. Levetzow verliest hierauf folgende Vorschlags-
liste: Braun (Ctr.), v. Cegielski (Vole), Fischer (Soz.),
Dr. Gemes (Frei. Vpt.), v. Holleuffer (ht.), Krebs (Ctr.),
Dr. Propatsch (ht.), Werbach (Vpt.) und Dr. Pie-
schke (natl.).

Die Abstimmung erfolgt durch Zettelwahl
unter Namensaufruf, deren Ergebnis in der nächsten Sitzung be-
kannt gegeben wird.

Präsident v. Levetzow: Der Reichstag ist zwar noch nicht
konstituiert, aber das Präsidium ist bereits gewählt. Ich bedaure,
auf einen Vorgang zurückkommen zu müssen, den wir hier erlebt
haben. Als ich unerwartet hier ein Hoch auf Se. Majestät den
Kaiser ausbrachte, sind einige Mitglieder von der äußersten Linken
auf ihren Plätzen sitzen geblieben. Das entspricht nicht den Sitten
deutscher Männer (lebhafter Beifall), entspricht nicht den Gewohn-
heiten dieses Hauses. (Erneuter Beifall.) Es beleidigt die Ge-
fühle der Mitglieder dieses Hauses. (Anhaltender lebhafter Bei-

fall.) Ich bedaure, daß ich kein Mittel habe, um ein der-
artiges Verfahren gebührend zu rügen. (Erneuter lebhafter
Beifall.)

Abg. Singer (Soz.) bittet ums Wort zur Geschäftsordnung.
Präsident v. Levetzow: Herr Singer, Sie haben das Wort
zur Geschäftsordnung.

Abg. Singer: Gegenüber den Bemerkungen des Präsidenten
bitte ich um die Erlaubnis, hier zu erklären, daß wir uns nun und
nimmermehr dazu verziehen werden und uns zwingen lassen, ein
Hoch auszubringen auf jemanden, der gesagt hat — (Lebhafter
Lärm rechts und bei den Nationalliberalen: „Was? Was?“)
(Präsident v. Levetzow: Ich kann nicht zulassen, daß Sie die
Person Sr. Majestät in die Debatte bringen.) (Lärm bei den So-
zialdemokraten: „Sie haben ja gethan.“) Ich muß mich dem
Präsidenten fügen, erkläre aber, daß gegenüber Umständen, wonach
in Aussicht gestellt ist, daß die Soldaten gegen den Willen des
Volkes auf ihre Brüder, Eltern, Väter und Mütter schießen
müssen. — (Oh! und Lärm rechts), und daß wir ferner mit der
Umsturzvorlage zu rechnen haben, die sich gegen uns richtet.
(Lärm rechts), — daß wir es mit unserer Ehre und Würde nicht
vereinbaren können. . . (Die weiteren Ausführungen des Redners
bleiben bei den stürmischen Unterbrechungen auf der Tribüne un-
verständlich.)

Damit ist dieser Zwischenfall erledigt.
Zu Distoren werden ernannt die Abgg. Dr. Böttcher
(nl.) und Schmidt-Elsfeld (Frei. Vpt.).

Es folgt die Beratung des Antrages Auer auf Ein-
stellung des gegen den Abg. Herbert (Soz.) u. a.
wegen Majestätsbeleidigung schwebenden Straf-
verfahrens.

Dazu liegt ein vom Abg. Frhrn. von Manteuffel (ht.)
eingebrachter Antrag vor, die Angelegenheit der Ge-
schäftsordnungscommission zu überweisen.

Abg. Singer (Soz.): Es handelt sich bei dem Strafverfahren
um eine Anklage wegen Majestätsbeleidigung wegen
eines Artikels, den Herbert in sein Blatt aufnahm und dessen
Ursprung auf ein ultramontanes Blatt zurückführt. (Ruf im Cen-
trum: Oh!) Ein freisinniges Blatt derselben Stadt hat die Nach-
richt gebracht, und es ist keine Plage anhängig gemacht worden.
Es scheint, als ob die Umsturzgehe schon vorher zur Geltung
gebracht werden sollten. Wenn Sie den Antrag der Geschäfts-
ordnungscommission überweisen wollen, dann haben Sie freilich die
Aussicht, daß Sie einen Gegner der Umsturzvorlage mehr aus dem
Hause herausbringen.

Abg. Frhr. v. Manteuffel (ht.): Die Geschäftsordnungscom-
mission wird die Sache sehr schnell erledigen. Sie haben doch alle
das richtige Gefühl, daß es gerade in dem Begriffe der Majes-
tätsbeleidigung zu suchen ist, daß wir nicht wie sonst ohne
weiteres dem Antrage Auer Folge geben. Wenn wir auch wirklich
entkräftet würden durch die Ansichten des Abg. Singer, durch seine
Thesen und Worte nach den Ausführungen des Präsidenten find
wir in unseren Ansichten nur bekräftigt worden. Sie (zu den So-
zialdemokraten) haben ja die Majestätsbeleidigung heute zum Prinzip
erhoben, (sehr richtig! rechts), deshalb werden wir nunmehr stets
solche Anträge stellen. Sie greifen die Majestät an, uns ist sie
theuer. Die Worte, die Sie gesprochen haben, und die Handlungs-
weise, die Sie eingeschlagen haben, werden den Nachhall nicht
schwächen, den die Worte des Präsidenten finden und schon gefun-
den haben. (Beifall rechts.)

Abg. Groeber (Ctr.) erklärt, daß die Ausführungen des Abg.
Frhrn. v. Manteuffel ihn und seine Partei nicht bestimmen können,
von der wohlbegründeten alten Praxis abzugehen, die Centrums-
partei werde für den Antrag Auer stimmen.

Abg. Richter (Frei. Vpt.) schließt sich diesen Ausführungen an
und erinnert daran, daß auch in Bezug auf Althardt in einem
ähnlichen Falle vom Hause ebenso verfahren worden sei.

Abg. Dr. v. Margnarden (natl.) erklärt ebenfalls namens
seiner politischen Freunde, daß sie an der langjährigsten Praxis des
Hauses festhalten wollen.

Abg. Frhr. v. Stumm (Vpt.): Die Praxis des Hauses ist
nicht ohne Widerspruch geblieben. Wir haben einmal einen solchen
erhoben, sind allerdings einmal durchgefallen, aber das hindert uns
nicht, unseren Widerspruch zu wiederholen. Es handelt sich hier
um eine prinzipielle Frage, die durch die Vorgänge, welche sich
eben abgepielt haben, eine ganz besondere Bedeutung erlangt hat.
Wenn wir hier ein privilegium odiosum einführen zu Gunsten
derjenigen Abgeordneten, die sich einer Majestätsbeleidigung schuldig
machen, so wird man im Lande die Auffassung haben, daß der
Reichstag sich aus Majestätsbeleidigungen überhaupt nichts macht.
Daß diese Auffassung im Lande verbreitet ist, dafür habe ich
Zeugnisse. Auch die Opportunität spricht für den Antrag von Man-
teuffel, denn durch die bisherige Behandlung solcher Anträge ist
oft Verzögerung des Vergehens eingetreten, und das wollen wir
doch nicht. Seinen Pflichten braucht der Abgeordnete nicht ent-
zogen zu werden, denn er wird ja nicht immer in Haft
genommen. Ich bin von allen parteipolitischen Tendenzen bei
der Unterstützung des Antrages Manteuffel entfernt. Ich
würde dem Antrag auch ohne die heutigen Vorgänge zustimmen.
Meine Unterstützung ist mir allerdings positiv erleichtert durch die
Haltung, die die Herren heute eingenommen haben. (Beifall rechts.)

Abg. Frhr. v. Manteuffel (ht.): Es ist durchaus nicht selbst-
verständlich, daß man derartigen Anträgen ohne Weiteres zustimmt.
Ich kann Ihnen beweisen, daß sowohl der Abg. Hartmann (Blauen)
als auch ich selbst früher ähnliche Anträge gestellt haben. Ueber-
stimmt sind wir allemal. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Aber
das hindert nicht, daß wir die Anträge nicht weiter stellen. Wir
bedauern, daß wir von den anderen Parteien nicht unterstützt
werden.

Abg. Richter (Frei. Vpt.): Der Vorfall ist durch die
Worte des Präsidenten abgethan. (Ruf rechts: Meinen Sie?)
Der Eindruck des Vorgehens des Präsidenten wird nicht gehoben,
wenn einzelne Abgeordnete sich für berechtigt halten, dazu ihre be-
sonderen Bemerkungen zu machen. (Lärm rechts.) Die Verbin-
dung dieses Zwischenfalls mit dem vorliegenden Antrag ist ganz
willkürlich. Der konservative Antrag hat schon vorher vorgelegen.

Zu welchen Konsequenzen kommen Sie? Wenn Sie die bisherige
Praxis verlassen, so kommen Sie zu einer Art Vorverfahren des
Reichstages in sämtlichen Strafprozessen, deren Einstellung ver-
langt wird. Es kommen Diskussionen über die Parteien vor, ein-
mal über die Sozialdemokratie, das andere Mal etwa über die
antisemitische Partei. Dadurch wird der Reichstag von den Ar-
beiten, zu welchem er berufen ist, in einem Umfange abgehalten,
der nicht im Sinne des Parlamentarismus ist, auch nicht dem An-
sehen des Strafverfahrens entspricht. Der einzige Grund, wo eine
Prüfung statzufinden hat, kann nur gefunden werden, darin, wenn
eine Unterbrechung des Prozesses eine Verdunkelung des Thatbe-
standes ermöglicht. In einem solchen Falle würde ich auch gegen
ähnliche Anträge stimmen. Hier handelt es sich um eine Brechbe-
leidigung. Der Thatbestand ist festgestellt. Es kann also keine
Verdunkelung des Thatbestandes mehr erfolgen. Wir thun am
richtigsten, wenn wir uns nicht länger aufhalten, mit dem Versuch,
von der bisherigen Praxis abzugehen. (Beifall.)

Abg. Frhr. v. Manteuffel (ht.): Es ist mir nicht eingefallen
meinen Antrag auf die heutigen Vorgänge zu stützen. Ich habe
nur gesagt, das Vorgehen der Herren bekräftigt mich in meiner
Ueberzeugung. Das allerdings betone ich, Majestätsbeleidigung
liegt für uns hors de ligne. Das Schlusswort erhält

Abg. Singer (Soz.): Frhr. v. Stumm gehört nicht in das
Richterkollegium, das über den Fall des Abg. Herbert aburtheilen
wird. Die Art unseres Auftretens werden wir nicht von dem
Wohlwollen oder Mißfallen jener Herren abhängig machen. Unser
Auftreten wird in den Kreisen, auf deren Urtheil wir Werth legen,
in den Kreisen des deutschen Volkes (Lärm rechts) richtig ge-
würdigt werden. Die Entrüstung des Frhrn. v. Manteuffel berührt
mich um so eigenthümlicher, als nicht in allen Fällen bei jenem
Herrn dieselbe Entrüstung über Majestätsbeleidigungen Platz greift.
Damals, als Abg. Schippel aus der Zeitung des Bundes der Land-
wirthe die Stelle vorlas, wo von den „grünen Jungen“ in einem Zu-
sammenhang die Rede war, der sehr verständlich war, merkte
man nichts von der Entrüstung. Auch merkte man nichts
von Entrüstung bei der Neuherung jenes bekannten Mit-
gliedes des Bundes der Landwirthe, daß die Grundbesitzer Sozial-
demokraten werden würden, wenn die Regierung und der König
ihnen nicht den Willen thaten. Gegenüber dem Angriff des Frhrn.
v. Stumm auf die Sozialdemokratie kann ich nur sagen, seine Rede
hat den Eindruck gemacht, als ob es ihm wünschbar erschiene, den
neuen Reichstag seinerseits mit einer königsstreuen Demonstration
nach oben einzuweisen. (Unruhe rechts.)

Der Antrag des Frhrn. v. Manteuffel wird hier-
auf gegen die Stimmen der Konservativen und Reichspartei ab-
gelehnt.

Der Antrag Auer (Einstellung sämtlicher gegen den Abge-
ordneten Herbert (Soz.) schwebenden Strafverfahren), des-
gleichen die Anträge auf Einstellung des Strafverfahrens gegen
die Abgg. Schippel (Soz.) und Hirschel (Antl.) werden angenommen.

Präsident v. Levetzow zieht den von ihm gemachten Vor-
schlag am Dienstag, den 11. Dezember, an erster Stelle die Inter-
pellation Baascher-Friedberg, betreffend Abänderung des Zucker-
steuergesetzes, zu beraten, entsprechend einem von den Abgg.
Richter (Frei. Vpt.) und Frhr. v. Manteuffel geäußerten Wunsch,
unter Zustimmung des Interpellanten Dr. Baasche zurück.

Nächste Sitzung: Dienstag, 11. Dezember, 12 Uhr. (Erste
Sitzung des Etats.)
Schluß 3 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Deutschland.

□ Berlin, 6. Dez. [Die erste Sitzung im
neuen Reichstagsgebäude.] Die ersten Worte, die
im neuen Reichstagsaal gesprochen wurden, waren lateinisch.
Mit dem Rufe „Quod felix faustumque sit“ begrüßte Herr
von Levetzow nach Eröffnung der Sitzung den Reichstag.
Sein Latein hat nicht weiter genirt, und seine herzlichen, im
Namen der Versammlung abgesetzten Dankesworte an den
„genialen“ Schöpfer der Herrlichkeiten ringsum haben den
besten Eindruck auf allen Seiten gemacht und werden ihn auch
außerhalb des Reichstages machen. Was bei der Einweihungs-
feier und in der Urkunde versäumt worden ist, dem Meister
vom Reichstagsbau die verdiente Bewunderung auszusprechen,
das hat der Präsident in der würdigsten Weise nachgeholt.
Viel sich so der Beginn der Arbeiten im neuen Heim befriedi-
gend an, so bedurfte es nur noch einer weiteren kurzen Minute,
und einer der größten Standale, die der deutsche Reichstag
je erlebt hat, war fertig. Mit einem Hoch auf den Kaiser
ließ der Präsident seine Ansprache endigen, und mit dreimaligem
Hoch antworteten die Abgeordneten, indem sie sich von ihren
Plätzen erhoben. Aber die Sozialdemokraten blieben sitzen.
Wenn sonst ein Kaiserhoch kommt, was regelmäßig nur am
Schluß der Session geschieht, so pflegen sich die Sozialdemo-
kraten, wie wir schon erwähnten, vorher schleunig und un-
auffällig zu entfernen. Sie konnten wissen, daß die
Ansprache des Präsidenten in einem so bedeutsamen
Augenblick, wie es die erste Sitzung im neuen Hause ist, einen
höheren Flug nehmen und auch des Kaisers gedenken werde. Sie
hätten es also, wenn sie Lust dazu hatten, machen können wie
früher auch; sie brauchten sich bis zum Beginn der eigentlichen
geschäftlichen Arbeiten nur einfach in den Vorräumen aufzu-
halten. Daß sie das nicht thaten, spricht bereits für eine de-
monstrative Absicht. Der Sturm, den die sozialdemokratische
Demonstration entfesselte, war gar gewaltig. Von rechts und
aus den nationalliberalen Reihen kamen entriestete Rufe, aus

denen man Worte wie „hinaus mit ihnen“, „Pst!“, „Unverschämtheit“ und ähnliche Liebenswürdigkeiten heraushörte. Die Sozialdemokraten blieben die Antwort nicht schuldig, und Plebnecht schüttelte drohend die Faust nach rechts hinüber. Es war ein Höllenspektakel, den der Präsident einige Minuten genähren ließ. Aber es war doch nur das Vorspiel, und nach beendeter Wahl des Präsidiums ging es von Frischem und änger noch los. In der Geschäftsordnung lag natürlich keine Nöthigung, diese böse Sache hinterher nochmals anzuregen. Daß Herr v. Lebedew es dennoch that, daß er das Verhalten der Sozialdemokraten mit den kräftigsten Worten geißelte und dabei wahre Ströme des Beifalls auf der Rechten entfesselte, dies Alles wird gleichwohl weithin als eine Selbstverständlichkeit aufgefaßt werden, und es ist denn auch weiter nichts darüber zu sagen. Ob bei der Herbeiführung dieser Szene eine taktische Absicht mitgesprochen hat oder nicht, jedenfalls brachte sie es zustande, daß die Sozialdemokraten auf den ersten Trumpf einen noch stärkeren setzten. Sie mögen meinen, damit etwas Besonderes gethan zu haben, was ihnen den Beifall der Genossen eintragen müßte. In Wirklichkeit konnten sie sich keinen größeren Schaden zufügen. Die Worte, mit denen Singer durch den tobenenden und erstickenden Lärm hindurch erklären wollte, weshalb er und die Seinigen bei einem Kaiserhoch sitzen bleiben müßten, sind die schärfsten, die jemals in einer deutschen Volksvertretung über einen Kronenträger gefallen sind, und die stenographischen Berichte breiten über die derbsten Stellen den wohlthätigen Schleier der Konstatierung, daß das Weitere in dem furchtbaren Lärm unverständlich geblieben sei. Dies ist nun freilich nicht richtig; man hat Manches, was die Berichte nicht bringen, noch gut genug verstanden, aber es ist ja wohl nicht nöthig, sich die liebevolle Aufmerksamkeit des Staatsanwalts durch die Wiedergabe dieser krassen Derbheiten auf den Hals zu ziehen. Genug, der neue Reichstag ist in etwas sonderbarer Weise „eingeweiht“ worden. Die Sozialdemokratie legt es offenbar darauf an, die Nachteile der ihr zugemutheten Defensivstellung durch den rücksichtslosesten Angriff wettzumachen. Es hat eine Zeit gegeben, wo das sozialdemokratische Offizienthum dem gegenwärtigen Kaiser schonen zu müssen glaubte, und namentlich die Entlassung des Fürsten Bismarck wurde dem Kaiser hoch angerechnet. Mit der Einbringung der Umsturzvorlage soll jetzt offenbar eine andere Taktik gewählt werden.

W. B. In der heutigen Sitzung des Bundesraths wurde die Vorlage, betreffend den letzten Theil der Entwürfe von Bestimmungen über Ausnahmen von dem Verbot der Sonntagsarbeit in gewerblichen Anlagen dem IV. Ausschusse überwiesen; die Ausschüsse, betreffend die Aenderung der Bestimmungen über die Branntweinsteuerstatistik bezw. zu dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die privatrechtlichen Verhältnisse der Binnenschiffahrt und der Fährerei wurden angenommen und die Anträge von Walder-Byrmond und von Schwarburg-Sonderhausen, betreffend das Ausschreiben staatlicher Tiefbaubetriebe aus der Tiefbauberechtigungsbeschränkung genehmigt. Für die Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Aenderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuchs u. s. w. (sog. Gesetz gegen den Umsturz) im Reichstag sind als Kommissare des Bundesraths die vortragenden Räte Geheimräthe Dr. Frhr. v. Seckendorff und Dr. Reich und Regierungsrath Bumm bestellt worden.

Der Ausschussantrag zu der Vorlage, betreffend die Abänderung der Bestimmungen über die Einziehung der für die Invaliditäts- und Altersversicherung der Seeleute zu entrichtenden Beiträge wurde von der Tagesordnung abgelehnt.

Eine Interpellation zur Zuckersteuerfrage hat die nationalliberale Partei eingebracht. Interpellanten sind die Herren Dr. Paasche und Dr. Friedberg. Paasche ist für Meiningen, Friedberg für Bernburg-Cöthen gewählt. Beide gehören zu den dem Bunde der Landwirthe verpflichteten Nationalliberalen. Die Herren haben mit Unterstützung ihrer Parteigenossen offenbar versucht, den Agrariern und dem Bunde der Landwirthe den Rang abzulaufen, indem sie an die Regierung die Frage richten:

Welche Maßregeln in Bezug auf eine Abänderung des geltenden Zuckersteuergesetzes denken die verbündeten Regierungen zu ergreifen, um die Schädigungen, welche der deutschen Landwirtschaft und der deutschen Zuckerindustrie durch die ausländischen Besteuerungsformen des Zuckers erwachsen zu befeitigen?

Die Antisemitenfraktion hat folgende Initiativanträge eingebracht:

1. Die Bundesregierungen zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach Aeseranten, Handwerker und Arbeiter für ihre, aus Befreiungen und Arbeiten an Neubauten erwachsenen, rechtmäßigen Forderungen ein Vorrecht vor sämmtlichen, auf diese Bauten eingetragenen Hypotheken oder Rautoren gerührt wird. — 2. Antrag auf Erlass eines Verbots der Konsumvereine in staatlichen Betrieben. — 3. Erlass eines Schachverbots gemäß dem im Königreich Sachsen geltenden Gesetze. — 4. Verbot der Einwanderung ausländischer Juden. — 5. Antrag auf Erlass eines Gesetzentwurfs, wonach bei allen gerichtlichen Verurtheilungen von Parolen, Zeugen und Sachverständigen die konfessionelle Eidesformel wieder eingeführt wird.

Der Gesetzentwurf der Antisemiten unterjagt die Einwanderung von Juden, die nicht in Deutschland staatsangehörig sind, verfügt die Ausweisung der Juden, welche Ausländer sind und nicht vor dem 1. August 1893 ein selbständiges Gewerbe oder Geschäft in Deutschland getrieben haben, und unterjagt die Gewährung der Staatsangehörigkeit in einem deutschen Bundesstaat an ausländische Juden.

München, 5. Dez. Finanzminister Riedel empfing heute eine Abordnung fränkischer Rauchtabakfabrikanten und sicherte ihnen, soweit es angehe, Unterstützung ihrer Bestrebungen zu, die darauf abzielen, daß die billigen Tabaksorten durch die Fabriksteuer nicht verteuert werden.

Italien.

W. T. B. Rom, 6. Dez. [Deputirtenkammer.] In der heutigen Sitzung gelangte der Antrag des Finanzministers, der Montag für das Finanzexposé festzusetzen, zur Annahme.

Der Ministerpräsident Crispi erklärte, auf die Interpellation bezüglich der Vorfälle in Syrien nicht eingehen zu können, um keinen Präzedenzfall zu schaffen; andererseits acceptire er alle Interpellationen über die innere Politik. Danach wurde die Debatte über innerpolitische Anfragen und Interpellationen auf Dienstag angesetzt. Crispi erklärte hierauf noch, er könne die Interpellation Barzilai über die Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn nicht annehmen, wenn dieselbe die gleiche Forderung wie diejenige Imbrants bezüglich Syrien verfolge. Imbrants erwiderte, er wolle die Interpellation nicht geheim halten; dieselbe ziele darauf ab, zu erfahren, ob die Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn heute, insbesondere nach den das italienische Nationalgefühl verletzenden Vorfällen in Syrien noch die gleichen seien, wie vor drei Monaten. Crispi antwortete, die Regierung bedürfe keiner Belehrung über Nationalgefühl; sie lehne die auf die Organisation in fremden Staaten sich beziehenden Interpellationen Barzilai und Imbrants ab. Beide zogen hierauf ihre Interpellationen zurück. Der Minister des Äußeren, Baron Blau, legte den Gesetzentwurf vor, durch welchen der handelspolitische modus vivendi mit Spanien auf eine bestimmte Zeit verlängert werden soll; er verlangte für die Vorlage die Dringlichkeit, welche von der Kammer angenommen wurde. Der Minister legt weiter den Handels- und Schiffsahrts-Vertrag mit Japan vor, ferner den diplomatischen Notenwechsel bezüglich der Vorfälle in Mexiko, der Thronfolge in Marokko, sowie über die Reklamationen der Italiener in Venezuela und derjenigen in Brasilien wegen des dortigen Bürgerkrieges.

W. T. B. Rom, 6. Dez. Die angeforderte apostolische Konstitution „Orientalium dignitas ecclesiarum“ ist heute erlassen. Dieselbe gedenkt zunächst der räumlichen orientalischen Kirchen, der Beweise von Liebe und der Ehren, die ihnen seitens der römischen Kirche zu Theil geworden sind, seitdem Petrus den Bischofsstuhl in der die Welt beherrschenden Stadt bestiegen. Die Konstitution erwähnt sodann die kirchlichen Kollegien, welche die Päpste in Rom und im Orient begünstigen und die Papst Leo zu Gunsten der Angehörigen der orientalischen Kirchen zu entwickeln beabsichtigt. Ferner wird die Nothwendigkeit betont, die Lehren der orientalischen Kirche unverändert aufrecht zu erhalten, weil dieselben in ihrer Mannigfaltigkeit doch ein glänzender Ausdruck der Einheit und der Dogmen der katholischen Kirche seien. Nachdem die Konstitution die von Benedikt XIV. erlassenen Bestimmungen zu Gunsten der Aufrechterhaltung der Ditten der orientalischen Kirche angeführt, dieselben bestätigt und erläutert hat, sanktionirt sie 13 Punkte, welche im Wesentlichen lauten: Jeder lateinische Missionar, welcher Angehörige einer orientalischen Kirche verleiten würde, zum lateinischen Ritus überzutreten, soll ipso facto der Suspension und dem Verlust seines Amtes verfallen. An solchen Verführern des Orients, wo den Gläubigen ein eigener Priester fehlt, können dieselben die Eucharistie nach dem einen oder andern Ritus empfangen, ohne dem Vorwurfe zu verfallen, den eigenen Ritus verlassen zu haben. Die im Orient zur Leitung der Kirchengemeinden begründeten religiösen Orden werden Sorge tragen, daß die der orientalischen Kirche angehörenden Böglinge nach ihrem bezüglichen Ritus unterwiesen werden. Ohne päpstliche Ermächtigung darf kein weiteres Kolleg von lateinischen religiösen Orden im Orient gegründet werden. Alle orientalischen Gläubigen, die außerhalb des Patriarchatsprengels lebenden Inbegriffen, werden auch fernerhin in den Kirchenbüchern ihres Ritus eingetragen bleiben. Zur lateinischen Kirche Uebergetretenen soll der Uebertritt zum orientalischen Ritus gestattet sein. In Eheangelegenheiten werden die Orientalisch-Gläubigen in gewissen Fällen an die congregatio de propaganda fide verwiesen. Der griechisch-melchitische Patriarch wird seine Jurisdiktion auf alle Gläubigen seines Ritus im gesammten Gebiete des Osmanischen Reiches ausdehnen. Schließlich kündigt die Konstitution an, daß Papst Leo XIII. die Seminaren und Kollegien im Oriente vermehren und denselben mit dem edelmüthigen Bestande der Katholiken aller Länder reichliche Mittel zuwenden werde.

Frankreich.

W. T. B. Paris, 6. Dez. In der Deputirtenkammer setzte Pelletan seine Rede vom Dienstag mit einer ausführlichen Kritik der von den Eisenbahnen verursachten Ausgaben fort und erneuerte seine Angriffe gegen die Eisenbahnkonventionen. Der Redner schätzt die Kolonialausgaben auf jährlich 110 Millionen, deren Gewinn er als fast Null bezeichnet; diese Ausgaben seien höher, als die entsprechenden Englands, Deutschlands, Spaniens und Portugals zusammen. Pelletan schließt, indem er sich gegen die Verschwendung in den Ausgaben für das Heer und namentlich die Flotte wendet und auf die Ciquete von Toulon verweist. Nächste Sitzung Sonnabend.

Im Senate wurde die Beratung der Madagasgar-Vorlage fortgesetzt. Lamarzelle (Rechte) beschuldigte die englischen Missionare, die Hobas gegen Frankreich aufgereizt zu haben. Macé wandte sich gegen den geplanten Feldzug, der für die Sicherheit Frankreichs gefährlich sei. Der Minister des Auswärtigen, Hanotaux, führte aus, die Expedition, welche einzig die Sicherung des französischen Protektorats bezwecke, sei um der Interessen und der Ehre Frankreichs willen nöthig; sie sei weder eine That der Eroberung, noch der Gewalt; er fügte hinzu, Frankreich wolle auf Madagasgar lediglich thun, was es in Tunis gethan. Der Vorsitzende der Kommission, Freychinet, setzte die Nothwendigkeit der Expedition auseinander; die Regierung könne langjährige Rechte nicht aufgeben und müsse dem Vertrag von 1885 Achtung verschaffen. Hierauf wurde die ganze Vorlage mit 279 gegen 3 Stimmen angenommen.

Wucherprozeß Mendel Treuherz und Genossen.

III.

Berlin, 6. Dezember.

Von den in großer Zahl erschienenen Zeugen wurden heute nur Verhandlung etwa 30 zurückgehalten, die übrigen auf spätere Tage vorgeladen. Bei einzelnen Zeugen lautet die Vorladung auf Donnerstag, den 13. d. Mts.; der Vorsitzende spricht die Befürchtung aus, daß es vielleicht nicht möglich sein werde, den Prozeß bis zum 15. d. Mts. zu Ende zu führen. Der Zeuge Köhlmann, welcher zu spät eintrifft, erhält wegen ungebührlichen Verhaltens eine Ordnungsstrafe von 100 Mark. Als erster Zeuge wird der Kaufmann Friedr. Lüdtke vernommen. Derselbe brachte zur Regulierung von Geschäften eine Summe von 2-3000 Mark und wandte sich an Spiegel, auf welchen ihn ein Bekannter aufmerksam gemacht hatte. Er trat mit ihm in eine länger dauernde Verbindung, bei welcher es sich um eine Gesamtsumme von 7-8000 M.

handelte. Er mußte pro Jahr 6 Proz. Zinsen, 4 Proz. Provision und 10 Proz. Depotsatz bezahlen. In direkter Nothlage hat er sich nicht befinden. Referendar Hänel befand sich im Jahre 1890 in Berlin zur Abolvierung des Assessor-Examins. Er entnahm von Spiegel 120 M., wogegen er ein Dreimonats-Accept über 150 M. ausstellte. Da der Wechsel am Verfalltage nicht eingelöst wurde, mußte H. einen neuen Dreimonatswechsel über 200 M. ausstellen, sodas er theilhaftig für ein Darlehen von 120 M. für 6 Monate 80 M. Zinsen hat zahlen müssen. Der Zeuge erklärt, daß er sich absolut nicht in einer Nothlage befinden habe.

Die nächsten Fälle betreffen den Angeklagten Brud. Von ihm behauptet die Anklage Folgendes: Er empfing außer von Treuherz insbesondere von einem Bruder in Breslau die Mittel zu seinen Geschäften. Er verlegte einen Theil seiner Geschäfte nach Dresden und Leipzig, wo er Agenten anworb und in Bettungen bekannt machte, daß er Geld verleihe. Die Unterhandlungen mit den Darlehnsuchern führte Brud stets selbst, auch wenn sie auswärts wohnten. Er reiste deshalb an den betreffenden Ort des Geldsuchers und ließ sich nicht unerhebliche Reisekosten geben. Einzelne der Geldsuchenden haben die Empfindung gehabt, als ob es Brud weniger um das Zustandekommen des Geschäfts als um die vorweg geforderten Gebühren zu thun gewesen wäre. Brud selbst erklärt, daß er nur Vermittler gewesen sei.

Ein Premierlieutenant Schulz brauchte Geld zur Bezahlung von Schulden und zur Bestreitung verschiedener Burausgaben. Er empfing auf sein Ansuchen im Oktober 1892 von Brud, den er durch eine Annonce kennen lernte, ein Darlehn von 4000 M., für welches er zwei Dreimonatsaccepte über je 2500 M. ausstellen mußte. Der eine Wechsel wurde prolongirt und für die Prolongation wieder 500 M. Vergütung entrichtet. In April 1892 stellte Sch. 2 Wechsel auf je 3000 M. aus für eine Baluta von 4800 M. die theils in baren Darlehen, theils in Prolongationen fälliger Wechsel bestand. Im Ganzen hat der Zeuge vom Oktober 1892 bis April 1893 etwa 6 bis 7 Wechsel über je 2-3000 M. ausgestellt und hierfür Vergütungen in der bezeichneten Höhe gegeben. Angeklagter Brud erklärt hierzu, daß er das Geld von dem inzwischen flüchtig gewordenen Pariser beschafft habe. Letzterer habe an dem Darlehn ein schweres Stück Geld, er selbst nur eine kleine Provision verdient. Der Zeuge erklärt auf wiederholtes Befragen, daß er sich nicht in einer Nothlage befinden habe.

Der Rechtsanwalt Maas nahm 1891 und 1892 von Spiegel drei Darlehen von 300 M. und 200 M., für welche er 40 Proz. Zinsen pro Jahr zu zahlen hatte. Die darüber ausgestellten Wechsel wurden wiederholt prolongirt und schließlich die Schuld durch Ratenzahlungen getilgt. Spiegel selbst gab die Darlehen nur in Theilzahlungen. Der Zeuge, der ein Automatengeschäft hat, bekundet, daß er sich bei Entnahme der Darlehen in arger Geldverlegenheit befunden, dies aber dem Spiegel nicht gesagt habe. Ein Zeuge Gustav Hofmann brauche circa 160 M. für Hauswende. Er empfing von Brud für 2 Dreimonatswechsel über 1600 M. ein Darlehn von 1370 M. Da die Wechsel nicht eingelöst wurden, so erfolgte wiederholt Prolongationen der Schuld, über welche ein Gesamtwechsel von 1648 M. ausgestellt wurde. Der Zeuge bekundet, daß der Wechsel bis heute noch nicht bezahlt worden sei. Angekl. Brud habe ihn aber für einen wohlhabenden Mann halten müssen.

Kaufmann Hans Schönfeld in Leipzig erhielt von Brud auf ein Dreimonats-Accept über 1150 M. 940 M., was einem Zinssage von ca. 100 Prozent entspricht. In den Jahren 1892 bis 1894 hat sich dieses Wechselgeschäft noch zweimal wiederholt. Der Vertheidiger stellt durch Befragen des Zeugen fest, daß der Zeuge S. sich in guter Vermögenslage befindet und daß der Angeklagte Brud den Zeugen für einen durchaus nicht wohlhabenden Kaufmann halten konnte. Der Agent Robert aus Leipzig beschäftigt letzteres. Er hat in etwa 40-50 Fällen geldsuchende Leute an Brud gewiesen und für jeden dieser Fälle eine kleine Provision von diesem erhalten. Um die näheren Bedingungen, unter denen dieser das Geld gab, hat er sich nicht bestimmt, dagegen bestätigt er, daß Brud an den Ort des Darlehnsuchers zu reisen und ziemlich hohe Reisepesen zu berechnen pflegte. — Der Zeuge wird nicht vereidigt.

Der Baumkister Hirt führte 1892 verschiedene Tiefbauten aus und brauchte zur Zahlung von Löhnen und anderen geschäftlichen Ausgaben Geld. Er trat mit Brud in Verbindung und erhielt gegen Ausstellung von zwei Dreimonatsaccepten über je 3000 M., insgesammt 5000 M. Das Geld gab der in Breslau wohnende Bruder Bruds. Da H. nicht zahlen konnte, wurden am Fälligkeitstage neue Wechsel ausgestellt und für je 3000 M. 500 M. Zinsen gezahlt. Die Prolongationen erfolgte 3 bis 4 Mal. Außerdem erhielt H. auch auf einen dritten Wechsel über 3000 M. im Jahre 1892 von Brud noch ein Darlehn von 2500 M. H. nahm ferner noch durch Vermittelung des Agenten Wilhelm Seidler in Steglitz bei Treuherz ein Darlehen von 4500 M. auf, für welches er auf 3 Monate 12 1/2 Prozent Zinsen zahlen mußte. Auch dieser Zeuge glaubt nicht, bei Aufnahme der Darlehen gelagt zu haben, zu welchen wirtschaftlichen Zwecken er das Geld gebrauchte. Die Vertheidiger lassen auch durch diesen Zeugen bestätigen, daß die Angeklagten ihn für einen Mann in guter Vermögenslage halten konnten und daß Brud nur als Vermittler aufgetreten sei und nur eine kleine Provision erhalten habe.

Der nächste Zeuge ist der Assistent v. Lindenbosen. Derselbe wollte für seine beiden Söhne, die sich als Rechtsanwälte niederlassen wollten, Anwaltsbureaus einrichten. Er entlieh 1888/90 mehrfach Darlehen von 100-300 M. von Spiegel und mußte dafür 20 Prozent Zinsen pro Jahr zahlen. Spiegel's Adresse ist ihm in seinem Bureau genannt worden. Auf Befragen bestätigt der Zeuge, daß er sich in geordneten Verhältnissen befinde, daß Spiegel durch seine Unterhaltung mit ihm auf eine Nothlage nicht schließen konnte und die Söhne zu der qu. Zeit schon ein halbes Jahr Assistenten waren, eine Alimentationspflicht für den Vater also nicht mehr bestand.

Die folgenden Fälle bieten dasselbe Bild. Der Angeklagte Spiegel hat den Zeugen Zinsen in Höhe von 20 bis 40 Prozent jährlich abgenommen. Die Zeugen erklären aber, daß sie sich in einer eigentlichen Nothlage nicht befinden hätten, sondern sich das Geld auch auf andere Weise hätten beschaffen können. Einige von ihnen haben dem Angeklagten Spiegel Cigarren abgekauft, aber nur in kleineren Mengen und ohne daß sie dazu gedrängt worden seien. Von der Genossenschaftsbank des Stralauer Stadtviertels ist dem Vorsitzenden ein gedrucktes Formular zugegangen, welches die Bedingungen enthält, unter denen die Bank Geschäfte abschließt. Der Staatsanwalt knüpft hieron die Bemerkung, daß er noch die Direktoren mehrerer Genossenschaftsbanken haben werde, um über die von der Vertheidigung am ersten Verhandlungstage aufgestellte Behauptung, daß man schwerlich bei diesen Banken unter günstigeren Bedingungen Geld erhalten könne wie bei den Angeklagten, Klarheit zu schaffen. Der Vorsitzende vertagt darauf die Sitzung bis Sonnabend Vormittag 9 1/2 Uhr.

Permisches.

Aus der Reichshauptstadt, 6. Dez. Ueber die persönliche Begegnung des Kaisers mit dem Baumeister Wallot erzählt die „Voss. Ztg.“ Folgendes: Der Kaiser begrüßte bei der Ansahrt am Vissportal den Architekten des Hauses, der schon vorher zum Geh. Baurath ernannt worden war, mit den Worten: „Guten Morgen, Wallot!“. Nach der Schlüsselübergabe ging de-

Kaiser mit seinem nächsten Gefolge unmittelbar von dem Thron-
balbach in den Südfügel der Wandelhalle, wartete aber nach-
her einen Augenblick, um den Baumeister des Hauses, der sich
im Hintergrunde gehalten hatte, heranzukommen zu lassen. Bei der
Führung durch die verschiedenen Räume äußerte der Kaiser sich in
seiner kurzen Rede anerkennend über eine Reihe von Bauthellen
und Einrichtungen, die er reizend fand, besonders interessierte ihn
der Plan der Errichtung des Kaiserstandbildes über dem Schluß-
stein, der zu diesem Zwecke erhalten und ummantelt werden
soll. Bei der Abfahrt schüttelte der Kaiser Wallot mehrmals herz-
lich die Hände und Minister v. Böttcher, der dem Architekten
stets wohlwollend entgegenkam, lud ihn zum Frühstück ein,
woran außerdem der Reichskanzler Fürst Hohenlohe und sein
Sohn, sowie der Herzog von Mecklenburg und General
Babine theilnahmen.

Kofales

Voten, 7. Dezember.

Hk. Nachtrag zum Ausnahmestatu. Am 1. Januar 1895
tritt zu dem Ausnahmestatu für Wrl. und Vorle vom 1. Februar
1894 der Nachtrag I. in Kraft, welcher außer Aenderungen und
Ergänzungen der besonderen Bestimmungen z. Frachtlage für einige
neue Stationen und einen neuen Ausnahmestatu D für zerklei-
nerte Rindern enthält. Der Nachtrag kann im Bureau der Han-
delkammer, Wilhelmplatz 19 I., von 4—6 Uhr eingesehen werden.

Hk. Der Verein deutscher Großhändler in Dünge-
und Kraftfutter-Mitteln in Hannover hat der
Handelskammer die von ihm festgelegten „Anfängen und Bestimmungen“
für den deutschen Handel und Verkehr mit Kraftfutter-Mitteln,
sowie die Bestimmungen eines Schiedsgerichts, welches über strei-
tliche Fälle entscheiden soll, zugefandt. Exemplare dieser „Bestim-
mungen“ liegen für Interessenten im Bureau der Handelskammer
in der Zeit von 4 bis 6 Uhr Nachmittags zur Einsicht aus.

Hk. Norddeutsche Gewerbeausstellung in Königsberg.
Die im Jahre 1895 in Königsberg stattfindende Norddeutsche
Gewerbeausstellung hat, um auch den Handel in anschaulicher
Weise zur Ausstellung zu bringen, eine Handels-Abtheilung in
Ausficht genommen und wünscht nicht nur im Handel Königsbergs,
sondern auch anderer Handelsplätze des Ausstellungsbezirks ver-
treten zu sehen. Der Vorsitzende der Handels-Abtheilung richtet
an die hiesige Handelskammer die Bitte, der Ausstellung ihr In-
teresse zuzuwenden und festzustellen, auf welche Theilnahme von
hier aus an der geplanten Ausstellung zu rechnen sein dürfte.
Die Interessenten werden daher ersucht, bis zum 12. d. M. ihre
etwaige Bereitwilligkeit zur Beschickung der Ausstellung im Bureau
der Handelskammer, Wilhelmplatz 19 I., anmelden zu wollen.

z. Ein neuer Eric. Ein junger Mensch, welcher sich sein
Brot durch Betteln zu verdienen suchte, sprach gestern auch in der
Wohnung eines Schutzmanns vor, um eine Gabe zu erbitten. Um
das Mittel seiner Mitmenschen zu erregen, hat er einen ganz neuen
Eric erdichtet. Obgleich er durchaus gesunde Glieder hat, erschie-
n er nämlich als „Einarmiger“. Der betreffende Schutzmann forderte
seine Legitimationspapiere und hierbei stellte sich heraus, daß der
gentile Bettler den andern Arm am Körper festgebunden hatte.
Der Schutzmann sorgte für sein Unterkommen im Polizeigewahrsam.

z. Verhafteter Schwindler. Der von der Staatsanwalt-
schaft zu Sagan wegen verschiedener Betrugsdelikte hieher ge-
schickte ehemalige Lehrer Jopich wurde gestern Abend hier verhaftet.

Aus der Provinz Posen.

z. Argentin, 6. Dez. [Unnatürliche Mutter.] Daß
eine Mutter ihr eigenes neugeborenes Kind zu verbrennen im
Stande ist, hat ein hiesiges Dienstmädchen bewiesen. Dasselbe
trat im Sommer bei einer hiesigen Herrschaft in Dienst und ver-
richtete seine Pflichten zur vollen Zufriedenheit derselben.
Es war treu, ehrlich und mied jeden Verkehr mit dem männlichen
Geschlecht. In letzter Zeit indessen erregte sein Aussehen aber
doch Verdacht und es wurde wiederholtlich scharf ausgefragt.
Da es aber stets beharrlich still und bis zum letzten Augenblick
seinen oft schweren Dienst treu versah, ließ man es schließlich in
Ruhe. Am Sonntag wurde das Mädchen krank und nun drang
die Herrschaft auf Lösung des Dienstverhältnisses oder ärztliche Unter-
suchung. Das Mädchen lehnte die letztere entschieden ab, wurde ab-
gelobt und fuhr Montag Abend in der Richtung nach Thorn ab.
Sie soll in oder bei Strassburg i. W. Verwundete besitzen. Am
Diensttag wurden in dem von ihr bewohnten Zimmer die verkohlten
Reste einer Kindesleiche vorgefunden und sofort Anzeige erstattet.
Die heute hier erschienene Gerichtskommission stellte fest, daß das
Kind in der Nacht vom Sonntag zum Montag ohne fremde Hilfe
(Frühgeburt) geboren und dann verbrannt worden ist; ob es bei
der Geburt gelebt hat, dürfte nur die unnatürliche Mutter wissen.
Nähere Einzelheiten fehlen noch.

z. Rawitsch, 6. Dez. [Von einem Pferde er-
schlagen.] Der Handelsmann Wohltel aus Herrnsdorf hatte
auf dem heute hier stattgehabenen Pferdemarkt ein Pferd gekauft
und in einem Stall des Gasthofs „Zum Kronprinzen“ eingestellt.
Als er es später anspannen und zu diesem Zwecke das Geschirr
auslegen wollte, stellte es sich heraus, daß das Pferd ein so-
genannter Strangschlänger war; es schlug nach allen Seiten aus.
Bekannte des Wohltel, die zugegen waren und zusahen, riefen
dieselben von ihrem Vorhaben ab, doch dieser ließ sich nicht über-
reden. Er versuchte vielmehr immer wieder mit dem Aufschrecken
und bekam schließlich von dem stürzenden und aufgeregten Pferde
einen derartig wichtigen Schlag direkt ins Gesicht, daß er todt
zusammen sank. W. hinterläßt Frau und zwei Kinder.

z. Gollantsch, 6. Dez. [Feuer.] Die Scheune des Grund-
besizers Johann Bled in Morawo ist mit allen Getreide-
vorräthen heute Morgen gegen halb sieben niedergebrannt.
Die Ursache des Feuers ist bis jetzt noch unbekannt. Bled ist in
der preussischen Feuerversicherung zu Berlin versichert.

* Schneidemühl, 6. Dez. [Leichenfund.] In dem Garten
eines Kaufmanns in der Friedrichstraße wurde heute Vormittag
die Leiche des Arbeiters A. Ruth gefunden. R. war ein bläulich
befrörter Mensch und stand unter Polizeiaufsicht. Bis zur Stunde
hat noch nicht festgestellt werden können, ob Ruth eines natürlichen
Todes gestorben ist oder ob ein Verbrechen vorliegt.

Aus den Nachbargebieten der Provinz.

* Bautenburg, 5. Dez. [Der Raubmörder Adam-
towski.] welcher am 18. v. M. aus dem hiesigen Gerichtsge-
fängnis entflohen ist, soll, wie aus Polen berichtet wird, einige
Meilen jenseits der Grenze von russischen Beamten verhaftet
worden sein.

* Graudenz, 5. Dez. [Verhaftung.] Während der
gehrigen Schwurgerichts-Verhandlung wurde der frühere Schorn-
steinfeger Albert Hennig, der sich im Zuhörerraum befand, ver-
haftet. S. ist in diesem Jahre vom 49. Regiment in Gnesen, bei
dem er seine Militärdienstzeit abgeleistet hat, entlassen worden.
Wie sich herausgestellt hat, hat er aus der Wohnung eines Wec-
selwebers H., während dieser auf Urlaub war, verschiedene Ge-
genstände gestohlen, und auf Grund eines vom Gericht in Gnesen
erlassenen Steckbriefes erfolgte deshalb seine Verhaftung.

Telegraphische Nachrichten.

Hummelshain, 6. Dez. Der Kaiser traf um 5 Uhr
20 Minuten in Kahl a ein und wurde auf dem dortigen
Bahnhofe von dem Herzog von Sachsen-Altenburg empfangen.
Nach herzlichster Begrüßung fuhren der Kaiser und der Herzog
unter jubelnden Ovationen durch die festlich erleuchtete
und besagte Stadt nach Hummelshain. Auf dem Wege
bildeten die Einwohner, Kriegervereine und andere Kor-
porationen mit ihren Fackeln Spalier.

Hamburg, 6. Dez. Nach einer Alkoholvergiftung aus Jeremie
(Hayti) ist der Hamburger Dampfer „Rhenania“ vor dem
Hafen gestrandet. Dampfer und Leichter sind zu Hilfe
gefordert.

Lübeck, 6. Dez. Der Senat wählte den Senator Dr.
Behn zum präsidierenden Bürgermeister.

Darmstadt, 6. Dez. Der Großherzog und die Groß-
herzogin empfangen heute Vormittag die Vertreter der fünf
größten Städte des Landes, die als Hochzeitsgeschenk drei
große silberne Brunnterrinen überreichten. — Nachmittags empfängt
der Großherzog den österreichischen Gesandten Alois von
Dollesna zur Entgegennahme seines Abschiedsbesuchs.

Wien, 6. Dez. Mehrere Wiener Abendblätter bringen
die gegenwärtigen im Beisein des Ministers a latere An-
drassy stattfindenden Beratungen des ungarischen Ministe-
riums mit der als bevorstehend behaupteten Demission
des Kabinetts Weyerle in Verbindung und glauben,
diese Beratungen gelten den Seiten der ungarischen
Regierung in dieser Angelegenheit zu treffenden Entscheidungen.

Pest, 6. Dez. Das der Regierung nahestehende Blatt
„Nemzet“ tadelt die Sensationsucht eines Theiles der Zei-
tungen, welche zu den buntesten Kombinationen über die poli-
tische Lage ihre Zuflucht nahmen. Ministerpräsident Dr.
Weyerle habe seine bekannte Erklärung im Klub der libe-
ralen Partei zweifellos auf Ermächtigung der Krone abgegeben;
seit seiner Rückkehr aus Wien sei eine recht kurze Zeit ver-
strichen.

„Wir sehen daher, so schreibt der „Nemzet“, keine Ursache, aus
welcher hinsichtlich des Schicksals der kirchenpolitischen Gelegen-
worte oder der Beziehungen des Kabinetts zur Krone oder zu der
liberalen Partei irgend eine Aenderung eingetreten wäre, aus
welcher sich auf eine aktuelle Krise auch nur im Ent-
ferntesten schließen ließe. Das Kabinet steht und fällt
mit seinem Programm. Es hat jedoch keinen Grund, seinen
Platz zu verlassen, ja es darf dies auch nicht thun, ehe es sich über-
zeugt hat, daß es beim Verbleiben auf seinem Platz wählen müßte
zwischen der Aufopferung der Integrität seines Programms und
der Störung des Vertrauens in den Beziehungen zwischen den
konstitutionellen Faktoren. Dieser Fall liegt aber derzeit nicht vor.“

Pest, 6. Dez. Im Klub der liberalen Partei blieben
heute Abend die durch mehrere Zeitungen verbreiteten Gerüchte
über eine Regierungskrise ohne besonderen Eindruck.
In Regierungskreisen wird betont, zu einer aktuellen Krise sei
kein Grund vorhanden, die Sanction der drei kirchen-
politischen Gesetze stehe außer jedem Zweifel.

Petersburg, 6. Dez. Der „Regierungsbote“ veröffent-
licht kaiserliche Erlasse an den Ackerbauminister,
an die kaiserliche freie ökonomische Gesellschaft
und an die kaiserliche Moskauer Gesellschaft der
Landwirthe. In denselben wird die nützliche Bedeu-
tung der landwirtschaftlichen Gesellschaften für die fernere
Entwicklung des vaterländischen Ackerbaues und der damit
verbundenen Industriezweige anerkannt, den genannten Gesell-
schaften werden, als Ausdruck des Wohlwollens des Kaisers
die von seinen Vorgängern verliehenen Rechte bestätigt. Ueber-
haupt sei allen landwirtschaftlichen und ökonomischen Ver-
einen zu erklären, daß ihre fruchtbringende Arbeit zum Nutzen
der russischen Landwirtschaft von Seiten des Kaisers stets
Schutz und Unterstützung finden werde.

Paris, 6. Dez. Der Ertrag der indirekten
Steuern im Monat November weist eine Minder-
einnahme von 10 Millionen Francs gegenüber dem Budget-
voranschlag und eine Mindereinnahme von 7 Millionen Francs
im Vergleich zu dem November 1893 auf.

Gutem Vernehmen nach wird sich die neue, von einigen
Blättern angekündigte gerichtliche Erhebung auf die Er-
pressungen erstrecken, die Seitens Portalis und Girards
gegen die transatlantische Gesellschaft verübt
wurden.

Paris, 6. Dez. Der Präsident Casimir-Perier
empfing heute eine Abordnung des Bundes der Lokomotiv-
führer und Heizer der Eisenbahnen, welche
erklärte, die Lokomotivführer würden im Falle einer Mobil-
machung als die ersten berufen werden, dem Vaterlande zu
dienen. Sie würden niemals versagen, diese ruhmreiche
Pflicht zu erfüllen, deshalb blieben sie taub gegenüber den
Schmähungen gewisser Individuen, die an das Ausland
appellierten und Gewaltmaßregeln anriethen zur Lösung der
sozialen Fragen.

Paris, 6. Dez. In der heutigen Sitzung der Akademie
wurde der Historiker Henry Houssaye mit 28 Stimmen zum
Mitgliede gewählt. Emil Bolla erhielt keine Stimme.

Paris, 6. Dez. Der Zustand von Ferdinand de Lesseps
hat sich sehr verschlechtert; in seiner Umgebung wird das
Schlimmste befürchtet.

Brüssel, 6. Dez. [Repräsentantenkammer.] Bei
der Beratung des Budgets der Dotationen brachten die
Sozialisten eine Erklärung zur Verlesung, in der sie im
Namen ihrer republikanischen Ueberzeugungen gegen die
Evidenz und die Dotation des Grafen von
Flandern Protest einlegten. Als am Schlusse der erregten
Beratung der Ministerpräsident die Versammlung zu einem Hoch
auf den König aufforderte, rief die Kammer, die liberale Linke
und die Progressiven mit eingeschlossen, lange: „Es lebe der König!“
Die Sozialisten erwiderten mit dem Rufe: „Es lebe das Volk!“
nieder mit den Kapitalisten!

Kopenhagen, 6. Dez. Wie in gut unterrichteten Kreisen ver-
lautet, hat sich der König auf der Rückreise von Jyehoe einen
leichten Katarh zugezogen, der bei der Ankunft in Kopenhagen
ärztliche Behandlung nöthig machte; beim Eintreffen in Schloss
Bernstorff war das Befinden des Königs ziemlich befriedigend.

Kopenhagen, 6. Dez. Der König ist heute Mittag auf

der Station Gentofte eingetroffen und wurde von der Kö-
nigin und den Herzoginnen von Cumberland und Fife empfangen.
Der König begab sich sogleich nach Schloss Bernstorff.

Bukarest, 6. Dez. Auf der heutigen Tagesordnung der De-
putirten kam eine Petition eines Studenten-
Komitees, in welcher gegen die Vorfälle vom 14. September,
durch welche die Studenten verhindert wurden, auf den Straßen
zu demonstrieren, protestirt wird. Die Kommission beantragte, die
Petition zurückzuweisen, da das fragliche Studentenkomitee ohne
behördlichen Charakter sei. Die Kammer stimmte diesem Antrag
zu. Nächsten Sonnabend beginnt die Adreßdebatte.

Telephonische Nachrichten

Eigener Fernsprechdienst der „Vol. Stg.“

Berlin, 7. Dezember, Morgens.

Die Stadtverordneten bereithen die Kommunalsteuern
und nahmen widersprechend den Fortfall der Miethsteuer
an, und lehnten dagegen die Erhöhung der Kanalisa-
tionsgebühren und die Erhöhung des Schulgeldes in höheren
Schulen ab.

Die „Nordd. Allg. Stg.“ meldet: Verbürgter Nachricht zufolge
wird mit dem Bau der festen Rheinbrücke Straßburg-
Kehl im nächsten Frühjahr begonnen und soll die Brücke 1897
vollendet werden.

Der „Vol.-Anz.“ meldet: Der bisherige Ertrag des „Sang
an Aegir“ beläuft sich auf 33 600 M. Der Betrag kommt dem
Baufonds der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche zu gute.

Die „Morgenblätter“ melden aus Warschau: Im
Palais Lazienki werden Vorbereitungen zum Empfange
des Zaren getroffen, der mit seiner Gemahlin auf
der Reise nach Darmstadt in Warschau Aufenthalt
nehmen will.

Pest, 7. Dez. Der Budgetausschuß genehmigte
das Budgetprovisorium.

Paris, 7. Dez. In Folge der Prüfung der Bücher des Pro-
prietätsreferenten Allez verhaftete die Polizei Camille Dre-
fus, den ehemaligen Deputirten, Direktor des Nationaltheaters.

Konstantinopel, 7. Dez. Marschall Fuaz Pascha
reist heute nach Petersburg, um den Zaren zur Thron-
besteigung zu beglückwünschen und ihm den Smitaz-
orden zu überbringen.

Irún, 7. Dez. Alle Agenten der Kommissionswaaren-
häuser beschlossen, jeden Geschäftsverkehr mit dem
Zollamte aufzugeben. Man glaubt, der Beschluß werde
auf alle Hauptzollämter Spaniens ausgedehnt werden.

Fonds- und Producten-Börsenberichte.

Fonds-Berichte.

* Berlin, 6. Dez. [Zur Börse.] Wien verkauft, Wien
kauft, eine Antithese, worin sich heute der Verkehr an der hiesigen
Börse in der Richtung seiner Tendenz und in der Kursentwicklung
bewegte, wie es schon früher geschah. Wien verkaufte hier Kredit-
attien und man war schwach gestimmt, dann trat Wien als Käufer
in diesem Papier auf und die Haltung besserte sich. Kreditattien
und Kommandittheile stiegen. In Wien war wieder die Sorge
wegen einer ungarischen Ministerkrise aufgetaucht, die natürlich
einen ungünstigen Einfluß auf die Börse ausüben mußte. Dann
verursachte es doch einige Bedenken, daß die Wiener Zentralbank
eine Beschränkung in der Sombardbrung von Effekten befandete.
Warum Wien dann diese Bedenken fallen ließ, ist unbekannt. Für
die Spekulation an den deutschen Börsen ist einmal das Wort
Vindebona locuta est (Wien hat gesprochen). Im Uebrigen soll
zur Hebung der Tendenz in der letzten Börsensitzung auch die Ge-
nehmigung mehrerer bei dem Börsen-Kommissariat eingereichter
Prospekte auf Konvertirung und Ausgabe gesellschaftlicher Anleihen
beigetragen haben. Man will darin eine Belebung der finanziellen
Thätigkeit erkennen und das genügt Managern anderer Motive zur
Anregung. Aber es wurde noch ein Impuls vom Montanmarkt
gegeben, worüber wir unten sprechen. Auf dem Vantaktienmarkt
traten diese Schwankungen am meisten in die Erscheinung. Auf
dem Rentenmarkt waren Mexikaner auf bessere Zolleinnahmen an-
ziehend; die Baisse des Silberpreises, der gestern in London
nabeging auf den niedrigsten Stand, den er je eingenommen,
gefallen war, übte keine Wirkung aus. Sowohl Hütten-
als Kohlenwerthe lagen Anfangs schwach. Später wurde in-
dessen die Nachricht von der Bildung einer französischen
Gesellschaft zur Herstellung von Superphosphat aus Tho-
maschlacke als Anlaß genommen, die Attien der Eisen-
werthe in steigende Bewegung zu setzen. Namentlich waren es
Bochumer Attien, die aus diesem Grunde gekauft wurden. Die
Wirkung der Nachricht war um so kräftiger, je weniger die Spe-
kulation den Zusammenhang mit Bohum begriff. Kohlenwerthe
profitirten von der günstigen Haltung der Eisenwerthe, wofür auch
angeblich bessere Aussichten hinsichtlich des Zustandekommens des
Walzwerksverbandes ins Feld geführt wurden. (R. 3.)

Breslau, 6. Dez. (Schlußkurs.) Matt.
Neue Proz. Reichsanleihe 95,10, 3/4 Proz. L.-Anleihe 101,35,
Kontol. Turen 25,65, Turt. Boole 111,25, 4 Proz. ung. Goldrente
101,30, Bresl. Diskontobank 107,00, Breslauer Wechselbank 103,25,
Kreditattien 237,75, Schl. Bankverein 117,10, Donnersmarkt 111,75,
Fischer-Walchinenbau —, Rattowitzer Attien-Gesellschaft
für Bergbau u. Hüttenbetrieb 136,50, Ober-Schl. Eisenbahn 77,50,
Ober-Schl. Portland-Zement 99,00, Schl. Zement 164,75, Oppeln.
Zement 115,50, Kramsta 129,50, Schl. Zement 190,00, Sauer-
hütte 122,50, Verein. Delfabr. 85,50, Oesterreich. Banknoten 163,90,
Bresl. 6. Dez. (Schlußkurs.) Träge.

3 Proz. amort. Rente —, 3 Proz. Rente 103,32, Italien
5 Proz. Rente 85,75, 4 Proz. ungar. Goldrente 101,50, III. Egypt.
Anleihe —, 4 Proz. Russen 1889 102,10, 4 Proz. ungar. Orient
—, 4 Proz. span. 2. Anl. 73, 1000 Turen 25,65, Turen-
Boole 126,00, 4 Proz. Turt. Prioritäts-Obligationen 1890 484,00,
Franzosen 801,25, Bombarden —, Banque Ottomane 670,00,
Banque de Paris 720,00, Bank d'Espagne —, Rio Tinto-A.
377,50, Suezkanal-A. 3080,00, Cech. Spinn 791,00, B. de France
377,50, Tab. Ottom 473,75, Wechsel a. dt. Pl. 122, 1/2, Bonboner
Wechsel f. 25,12, Cschg. a. London 25,13, Wechsel Amsterdam f.
205,87, do. Wien f. 199,50, do. Madrid f. 445,50, Meridional-A.
610,00, Wechsel a. Italien 6, Robinson-A. 186,00, Portugies.
25,50, Portug. Tabak-Obligat. 428,00, 4 Proz. Russen 65,50,
Privatbanknot. 11, 1/2.

*) Baisse.
London, 6. Dez. (Schlußkurs.) Bessend.
Engl. 2 1/2 Proz. Consols 102 1/2, Preuß. 4 Proz. Consols —,
Italien. 5 Proz. Rente 85, 1/2, Bombarden 9, 4 Proz. 1889 Russen
11, Serie 103, 1/2, konv. Turen 25, 1/2, Oester. Silber —, Oester.
Goldrente —, 4 Proz. ungar. Goldrente 101, 4 Prozent. Spanier
73, 1/2, 3/4 Proz. Egypter 100, 1/2, 4 Proz. ungar. Egypter 102, 1/2, 3/4 Proz.
Edouard-A. 98, 1/2, 6 Proz. Mexikaner 71, Ottomane 16, 1/2, Ca-
nada Pacific 60, De Beers neue 18, Rio Tinto 15 4 Proz.
Rupess 55, 1/2, 6 Proz. fund. arg. A. 69, 1/2, 5 Proz. arg. Goldanleihe

Druck und Verlag der Hochdruckerei von W. Deder u. Co. (A. Bödel) in Asien.